

stattgefundene Einstellung des Verfahrens durch das Münchner Gericht, an das der Fall zuständigshalber abgegeben war (unter Kostenbelastung der Staatskasse), und damit die Aufhebung der Beschlagnahme des nur um we-

nige Meter geänderten Films korrekterweise mitberichtet. Die zu diesem sicherlich nicht ganz einfachen Prüffall getroffene FSK-Freigabeentscheidung für Erwachsene fand somit ihre Bestätigung.

Kurzinformationen

Das zentrale Thema der Ansprachen Papst Pauls VI. an Weihnachten und zu Beginn des neuen Jahres war im Zeichen des zu Ende gehenden Heiligen Jahres Friede und Versöhnung in Kirche und Welt. Besonders ausführlich äußerte sich der Papst traditionsgemäß bei seinem Jahresrückblick anlässlich der Audienz für das Kardinalskollegium. Er bezeichnete darin das *Heilige Jahr* als „großartiges Ereignis“, „das für die religiöse Geschichte unseres Jahrhunderts von Bedeutung bleiben wird“ (vgl. *Osservatore Romano*, 22./23. 12. 75). Zu Beginn des politischen Teils seiner Rede erinnerte der Papst an diejenigen, denen durch staatliche Pressionen die Pilgerfahrt nach Rom unmöglich gemacht wurde; er gab seiner lebhaften Sorge um all jene Christen Ausdruck, die an der Ausübung ihrer legitimen Rechte gehindert werden. Gleichzeitig bat Paul VI. darum, das „kluge Schweigen“, das bei den Versuchen, diesen Christen wirkungsvoll zu helfen (oft „wider alle Hoffnung hoffend“), zeitweise notwendig sei, nicht als Gleichgültigkeit zu verstehen. Die Verwirklichung der *Religionsfreiheit* – auch für Nichtkatholiken und Nichtchristen – bleibe das vorrangige Ziel der Kontakte des Heiligen Stuhls mit Staaten und Regierungen. Es sei zu hoffen, daß es durch die Vereinbarungen von Helsinki auch in den Ländern zu annehmbaren Lösungen für die Gläubigen komme, die besonderen Anlaß zur Besorgnis geben. Im einzelnen nannte der Papst die Tschechoslowakei, Rumänien und „bestimmte Regionen der Sowjetunion“. An weltpolitischen Themen wurden in der Rede das *Angola-Problem*, das Kriegsende in *Vietnam* und der *Nahostkonflikt* genannt. Der politische Teil schloß mit dem Wunsch, das italienische Volk möge in verantwortlicher Ausübung seiner demokratischen Rechte den religiösen und kulturellen Werten seiner Tradition die Treue bewahren. Außerdem erklärte Paul VI. seine Bereitschaft zu einer einvernehmlichen Modifikation des Konkordats mit Italien. Die auf das kirchliche Leben des vergangenen Jahres bezogenen Passagen erinnerten in erster Linie an die Ereignisse des Heiligen Jahres, insbesondere die starke Beteiligung des Kirchenvolkes aus aller Welt. Bei der Schließung der Heiligen Pforte in der Christnacht betonte der Papst, es sei das Ziel des Heiligen Jahres gewesen, aus innerer Unruhe („in unserer Angst waren wir nahe am Zusammenbrechen, sind am Rande des Abgrunds entlanggegangen“) das moderne Leben wieder in Verbindung mit Gott zu bringen und die Nächstenliebe als Zeichen der Zeit zu begreifen (vgl. *KNA*, 29. 12. 1975). In den Mittelpunkt der Weihnachtsbotschaft stellte Paul VI. die Hoffnung auf die Verwirklichung der christlichen Botschaft durch die *Jugend*. Gerade sie habe sich im Heiligen Jahr als besonders aufnahmebereit für die Botschaft Christi erwiesen (vgl. *Osservatore Romano*, 26. 12. 1975). In seiner Neujahrsbotschaft bekräftigte der Papst die bereits in seiner Botschaft zum *Tag des Friedens* (vgl. *Osservatore Romano*, 31. 10. 75) gemachten Aussagen und wies vor allem auf den inneren Zusammenhang von

Friede und menschlichem und sozialem Fortschritt hin. Der Friede könne auf Dauer nur durch mutige Initiativen zur Verwirklichung der Brüderlichkeit zwischen den Menschen, nicht durch das Gleichgewicht der Waffenpotentiale gesichert werden. In der Rede beim Neujahrsempfang für das diplomatische Korps ging Paul VI. noch einmal auf die *Menschenrechte* ein. Es fiel dabei auf, daß er den Vorwand zurückwies, es gehe dabei um innere Angelegenheiten der betroffenen Staaten. Für die Unterzeichner des Helsinki-Dokuments sei die Verwirklichung der Menschenrechte „eine Frage von legitimem gemeinsamem Interesse“ (vgl. *Osservatore Romano*, 12./13. 1. 76).

Kurz vor Weihnachten 1975 wurde ein neues päpstliches Dokument über die Verkündigung (Evangelisierung) veröffentlicht. Das in Form einer „apostolischen Ermunterung“ (Exhortatio Apostolica „*Evangelii nuntiandi*“) an die Gesamtkirche gerichtete Schreiben wurde am 18. Dezember von dem Vatikan-Theologen *P. Raimondo Spiazzi OP* der Presse vorgestellt (lat. und ital. Wortlaut im „*Osservatore Romano*“, 19. 12. 75). Das vom 8. Dezember datierte Dokument erschien, wie es in ihm selbst heißt, aus dreifachem Anlaß. Der erste Anlaß war das Ende des Heiligen Jahres: es sollte dessen Grundgedanken „Versöhnung und Erneuerung“ aufnehmen und als missionarischen Appell weitergeben. Deswegen der eindringliche und mehrmals wiederkehrende Hinweis, daß die Kirche mit ihrem Verkündigungsauftrag stehe und falle, ja daß Verkündigung und Evangelisierung mit der Kirche identische Wirklichkeiten bzw. Unternehmungen sind. Der zweite Anlaß war der 10. Jahrestag des Konzilsabschlusses, denn das ganze Konzil habe nichts anderes zum Ziel gehabt, als „die Kirche des 20. Jahrhunderts noch geeigneter für die Verkündigung des Evangeliums an die Menschen des 20. Jahrhunderts zu machen“. Und schließlich der Hauptanlaß: die Bischofssynode vom Herbst 1974, die dem gleichen Thema gewidmet war, die aber die Verwertung der Beratungsergebnisse dem Papst überlassen hatte (vgl. *HK*, Dezember 1974, 649 ff.). Das jetzige Dokument sollte die damaligen Beratungen gewissermaßen zusammenfassen und, ausgestattet mit der päpstlichen Autorität, weiterentwickeln. Verschiedene Themen, die auf der Bischofssynode die Diskussion beherrschten, werden von neuem aufgegriffen: der Komplex *Evangelisierung und Befreiung* (mit einer deutlichen Absage an jede Gewaltanwendung); das Verhältnis von Gesamtkirche und Teilkirchen (wobei allerdings das Hauptthema der Bischofssynode, die Frage der Einpflanzung des Christentums in den verschiedenen Kulturen, nur sehr beiläufig behandelt wird); die sog. Basis- bzw. „*Kleinen kirchlichen Gemeinschaften*“, deren Unterschiedlichkeiten nach Ort und Ausrichtung hervorgehoben und für deren Kirchlichkeit bzw. Nichtkirchlichkeit eine Reihe von Kriterien angeführt werden;

schließlich das auf der Bischofssynode mehrfach diskutierte Thema *Volksfrömmigkeit*. Die Bedeutung des Dokuments dürfte aber weniger in den Beiträgen zu diesen Sonderthemen liegen als in dem Versuch, Notwendigkeit, Ziel und Inhalt der Evangelisierung im religiös-geistigen Kontext der Gegenwart (Atheismus als Massenerscheinung, Erfahrung der Leere, neu aufbrechende religiöse Fragen) präziser zu umschreiben und der Kirche einen missionarischen Impuls zu vermitteln. (Aus Raumgründen konnten wir den Wortlaut – nach der vatikanischen Ausgabe sind es über 120 Druckseiten – nicht in diesem Heft abdrucken. Wir hoffen, dies im nächsten Heft nachholen zu können.)

Der Präsident des Sekretariats für die Einheit der Christen, Kardinal Jan Willebrands, wurde am 20. Dezember 1975 von Papst Paul VI. als Nachfolger des im Sommer zurückgetretenen Kardinals Bernhard Alfrink zum Erzbischof von Utrecht und Primas der Niederlande ernannt. Seinen Posten an der Kurie wird Willebrands behalten. Er ist damit neben dem Wiener Kardinal König, dem Präsidenten des Sekretariats für die Nichtgläubenden, und Kardinal Roy (Quebec), dem Präsidenten der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, der dritte residierende Erzbischof, der gleichzeitig ein Kurienamt leitet. Zur Unterstützung von Willebrands in seiner römischen Aufgabe wurde im Einheitssekretariat die neue Position eines Vizepräsidenten geschaffen, die mit dem spanischen Bischof *Ramon Torella Cascante*, dem bisherigen Vizepräsidenten von *Justitia et Pax*, besetzt wurde. Nachfolger von *Torella* wurde der aus der westafrikanischen Republik Dahomey stammende Erzbischof *Bernhard Gantin*. Willebrands war unter Kardinal *Bea* der erste Sekretär des 1960 von *Johannes XXIII.* neu geschaffenen Einheitssekretariats und seit dem Tod *Beas* dessen Nachfolger als Präsident. In einer ersten Erklärung nach der Ernennung nannte der amtierende Vorsitzende der Niederländischen Bischofskonferenz, Bischof *Johannes Bluysen*, Willebrands „eines der hervorragendsten Mitglieder des Kardinalskollegiums“. „Er ist ein weiser und kluger Mann und ein fähiger Administrator. Mit diesen Eigenschaften hat er sich für große Ideale eingesetzt. Das alles ist Grund genug, ihn herzlich in der Bischofskonferenz der Niederlande willkommen zu heißen“ (NCNS, 22. 12. 75). Das Domkapitel von Utrecht sagte Willebrands in einem Telegramm „von Herzen“ seine Mitarbeit zu (zit. nach KNA, 22. 12. 75). Der Generalsekretär der Niederländisch Reformierten Kirche, *Albert van den Heuvel*, begrüßte es in einer Stellungnahme, daß an die Spitze des holländischen Katholizismus ein „ökumenischer Spezialist“ komme (EPS, 8. 1. 75). Wie es heißt, will Willebrands die beiden *Generalkvikare* aus der Zeit *Alfrinks*, *P. Hendrik Anton van Munster* und *Anton Jan Vermeulen*, in ihren Ämtern belassen. Wie bisher wird es vorläufig in Utrecht auch keinen *Weibbischof* geben. Dem künftigen niederländischen Primas, der allgemein als Mann der Mitte gilt, wird in seinem Amt sicher zugute kommen, daß er in den nachkonziliaren Auseinandersetzungen in den Niederlanden nicht Partei war. Abzuwarten bleibt allerdings, wie sich die Doppelfunktion von Willebrands, der kaum über pastorale Erfahrung verfügt, auf seine Position in der Utrechter Diözese und der Bischofskonferenz auswirkt. Ferner gibt es Befürchtungen, das Gewicht des Einheitssekretariats innerhalb der Kurie könne durch die Abwesenheit seines Präsidenten von Rom reduziert werden (vgl. NCNS, 22. 12. 75).

Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Kommunismus in Italien hat in den letzten Wochen schärfere Formen angenommen. Nachdem der Kardinalvikar des Papstes für die Diözese

Rom, *Ugo Poletti*, mit nachträglicher, eindrucklicher Billigung des Papstes vor einer Verharmlosung der kommunistischen Gefahr im Lande unter besonderem Hinweis auf die künftige Möglichkeit einer kommunistischen Verwaltung der Stadt Rom gewarnt und sich mehrere Einzelbischofe und Bischofskonferenzen verschiedener Regionen den Warnungen *Polettis* angeschlossen hatten, veröffentlichte Mitte Dezember der *Ständige Rat der Bischofskonferenz* eine Erklärung, in der so klar wie lange nicht mehr ein Trennungsstrich zwischen Kirche und Marxismus insgesamt und zwischen Kirche und kommunistischer Partei im besonderen gezogen wird. Ziel der Erklärung – das wird aus dem Wortlaut deutlich – ist nicht nur die Abgrenzung nach außen, sondern nicht weniger eine Klärung im Prozeß innerkirchlicher Auseinandersetzungen über die politische Orientierung von Katholiken. In dem Schreiben heißt es, einer der hauptsächlichen Gründe für die *Spannungen innerhalb der katholischen Gemeinschaft* liege in einer „falschen Sicht zwischen Glauben und politischem Handeln“. Die Bischöfe sprachen von der „Widersprüchlichkeit so vieler Ideologien“. Angesichts dieser Ideologien und der auf ihnen gegründeten geschichtlichen Bewegungen könne nur „das wirklich ursprüngliche Christentum“, das seine Echtheit innerhalb der Kirche erweise, „den verantwortlichen Beitrag der Katholiken zur Forderung der Gerechtigkeit und der unverzichtbaren Rechte auf religiöse und bürgerlicher Freiheit gewährleisten“. Sie zitieren den Satz aus „*Octogesima adveniens*“ (Nr. 26): „Wer als Christ seinen Glauben in einer als Dienst aufgefaßten politischen Tätigkeit leben will, widerspricht sich selbst, wenn er sich ideologischen Systemen anschließt, die radikal oder in wesentlichen Punkten seinem Glauben und seiner Auffassung vom Menschen widersprechen.“ Zu diesen Systemen zählen die Bischöfe insbesondere „jene, die ihre Grundlage in totalitären, radikalen und laizistischen Ideologien haben oder eine materialistische und atheistische Lebensauffassung vertreten“. Die Mitgliedschaft oder die Unterstützung von Bewegungen – die in verschiedenen Formen auf dem Materialismus aufbauen – sei mit dem Bekenntnis zum christlichen Glauben *unvereinbar*. Die auf Materialismus und Atheismus aufbauenden Bewegungen würden aber in Italien auch weiterhin „im Kommunismus, der im Bereich von Kultur und Verwaltung unter uns bereits am Werke ist“, ihren reinsten Ausdruck finden. Die Bischöfe sprechen solchen Bewegungen und Ideologien nicht ab, daß sie auch „anerkanntenswerte menschliche Ideale“ vertreten, doch fehle ihnen die wahre Glaubwürdigkeit, „da sie die Grundwerte außer acht lassen, die zur ganzheitlichen Sicht des Menschen, seiner Geschichte und seiner Beziehung zu Gott gehören“. Deswegen führten sie unweigerlich zu neuen Formen der Versklavung, wie es sie nach ihrer Meinung im Lande teilweise bereits gebe. Man könne nicht gleichzeitig Christ und Marxist sein. Jetzt sei die Stunde da, „Grundsatzfestigkeit, Überzeugungstreue und jene verantwortungsbewußte christliche Unterscheidungsfähigkeit zu beweisen, die sich vor allem in den entscheidenden Fragen am Glauben der Kirche ausrichten muß“. Obwohl die Erklärung der Bischöfe in erster Linie eine *Mahnung an die Katholiken* war, Schlüssigkeit zwischen Glaubensüberzeugungen und politischen Optionen zu zeigen – angesprochen waren damit insbesondere die „Christen für den Sozialismus“ –, stieß diese nicht nur auf den Widerstand der Kommunisten, sondern auf teilweise heftige Ablehnung vor allem bei der linksliberalen Presse: Man deutete sie als den Versuch einer Rückkehr zu einem überwunden geglaubten katholischen Integralismus. – In der gleichen Erklärung nehmen die Bischöfe auch Stellung zu dem gegenwärtig im Parlament behandelten Gesetzentwurf zum *Abtreibungsstrafrecht*. Ohne auf Einzelheiten einzugehen – zur Diskussion steht eine engere oder weitergefaßte Indikationenregelung, daneben gibt es mili-

tante Strömungen für die teilweise oder volle strafrechtliche Freigabe der Abtreibung –, appellieren die Bischöfe „erneut mit allem Nachdruck an den Gesetzgeber und an die Politiker, in die italienische Gesetzgebung nicht eine solch schwere Verletzung des aufrechten sittlichen Gewissens einzuführen, wie sie die strafrechtliche Freigabe der Abtreibung darstellt“.

In einer **Erklärung der Spanischen Bischofskonferenz zur kirchlichen und politischen Lage im Lande** nach dem Tode von Franco, die nach fast einstimmiger Verabschiedung (bei nur einer Gegenstimme) im Anschluß an die Vollversammlung vom 16. bis 20. Dezember in der Nähe von Madrid (vgl. Wortlaut in ABC, 21. 12. 75) veröffentlicht wurde, wird erneut die Freilassung der politischen Gefangenen und die Rückkehrerlaubnis für Exilierte gefordert. Die Bischöfe verlangten wörtlich „Freiheit für jene, die wegen rein politischer Delikte festgehalten werden, Rückkehr in die Heimat jener, die aus politischen Gründen im Ausland sind, und die Revision der die bürgerlichen Freiheit einschränkenden Gesetze“ (wobei in erster Linie, aber nicht nur an die nach wie vor in Geltung befindlichen sog. Antiterrorgesetze zu denken ist). In der gleichen Erklärung wiederholen die Bischöfe die *Bereitschaft, auf Privilegien zu verzichten*, auch, wie sie einschränkend hinzufügen, es oft schwierig sei, zwischen Rechten und Privilegien zu unterscheiden. Die Kirche sei bereit für „neue“ Formeln im Verhältnis von Kirche und politischer Autorität. Als Probleme, die dringend zu lösen seien, bezeichnen die Bischöfe: die Revision des Konkordates, die volle Freiheit der Kirche bei der Ernennung der Bischöfe, Ehe- und Schulfragen und die Sozialversicherung des Klerus. Im wirtschaftlich-sozialen Bereich beklagen die Bischöfe: die Zunahme der Arbeitslosigkeit: Hunderttausende, einschließlich der heimkehrenden Wanderarbeiter finden keinen Arbeitsplatz; die unzureichende Lohngerechtigkeit, die durch die steigende Geldentwertung verschärft werde; die schlechten Verhältnisse in der Landwirtschaft und in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten, die soziale Lage der Rentner („trotz evidenter sozialer Fortschritte auf diesem Gebiet“), die fehlenden Möglichkeiten der Teilnahme (Mitbestimmung) der Arbeiter in den Entscheidungszentren der Unternehmer, des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens. Von den Katholiken fordern sie: mehr Sinn für Gerechtigkeit bei der Anwendung der Gesetze, in der Gerichtsbarkeit und in den Arbeitsbeziehungen; an sittlicher Beispielhaftigkeit, da die ethischen Werte in der Familie, im Berufsleben, in Kunst und öffentlicher Kultur ernsthaft gefährdet seien; Toleranz und den Willen zur Teilnahme in selbstlosem Einsatz für die Gemeinschaft; Respektierung der kulturellen und ethischen Unterschiede; Einsatz für den Frieden durch gewaltlose Konfliktlösung. Die Kirche selbst müsse ein Beispiel geben durch Erneuerung ihres inneren Lebens und ihrer Präsenz in der Gesellschaft, durch einen persönlicheren und einsatzbereiteren Glauben, durch wachsende Teilnahme der Gläubigen an kirchlicher Verantwortung, durch Revision ihrer Institutionen und Arbeitsmethoden, „ohne zu vergessen, daß die christliche Gemeinschaft und ihre innere Führung nicht völlig mit der weltlichen Gesellschaft gleichgesetzt werden kann“. Sehr präzise äußern sich die Bischöfe zum *Verhalten der Katholiken gegenüber politischen Strömungen und Ideologien*: die Christen sind bei der Gestaltung des staatlichen und sozialen Lebens frei, die Formeln zu entwickeln und sich den Strömungen anzuschließen, die sie für geeignet halten, solange sie nicht im Widerspruch zu den Forderungen des Evangeliums sind. Die Kirche dürfe sich nicht mit einer bestimmten Richtung identifizieren, aber sie dürfe auch nicht gleichgültig bleiben gegenüber den ethischen und menschlichen

Inhalten einer jeden von ihnen. – Ursprünglich war ein größerer Entwurf einer Erklärung zur aktuellen Lage vorbereitet worden. Mit dem Argument, die für den gegenwärtigen Zeitpunkt wesentlichen Gesichtspunkte seien bereits in früheren Erklärungen, zuletzt in der Predigt des Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal *Vicente Enrique y Tarazona*, bei der Proklamation des Königs (vgl. HK, Januar 1976, 54) vorgetragen worden, beschränkten sich die Bischöfe auf die hier in Stichworten wiedergegebene Stellungnahme.

Den „**Heiligen unserer Tage**“ widmete das amerikanische Magazin „Time“ die Titelgeschichte der letzten Ausgabe für 1975 (29. 12. 75). Der Titel „Botschafter der Liebe und Hoffnung – Lebende Heilige“ mit einer Porträtzeichnung von Mutter Teresa – stellvertretend für alle anderen – fand ein großes Echo bei den Lesern, die von dieser Art Präsentation – wie die Leserbriefe in den folgenden Nummern verraten – völlig überrascht, aber auch größtenteils angetan zu sein schienen. (Übrigens beschränkt die Redaktion mit der ersten Januar-Ausgabe ein ähnliches Neuland, als sie statt des sonst seit Jahren üblichen „Mannes des Jahres“ 12 „Frauen des Jahres“ vorstellte). Der gleichzeitig sehr informative und engagierte Magazin-Beitrag geht sowohl auf die Bedeutung des Heiligseins in der katholischen Kirche, im Protestantismus und im Judentum als auch auf die besonderen Umstände einer katholischen Heiligsprechung ein. Es wird festgestellt, daß wegen der langen und ausführlichen Prozedur für die katholische Kirche „der einzige Heilige ein toter Heiliger“ ist. Dennoch lasse sich, wenn man bestimmte Kriterien anwende, auch heute eine Fülle heiligmäßiger Menschen finden, die angesichts zumeist pessimistischer Bericht aus aller Welt viel mehr Beachtung verdient hätten. Zwar greift der Bericht einige besonders heraus und stellt sie mit ihren Verdiensten und Besonderheiten vor, doch fehlt auch nicht der Hinweis, daß Tausende von Menschen, die in der Mission und Entwicklungshilfe stehen, zwar unbekannt bleiben, aber in vielem den bekannten „Heiligen unserer Tage“ in nichts nachstehen. Das besondere persönliche Beispiel eines „heiligen“ Lebens sei weder auf die Vergangenheit noch auf die römisch-katholische Kirche beschränkt. Kennzeichen dieser Persönlichkeiten seien tiefe Glaubensgewißheit, Hinwendung zum Gebet und Hingabe an Mitmenschen jeder Religion, Rasse oder Nationalität. All diese Menschen, von denen „Time“ u. a. *Mutter Teresa, Dom Helder Camara, Prior Roger Schutz* und *C. F. Beyers Naudé* neben zahlreichen „Unbekannten“ vorstellt, beziehen nach der Darstellung des Magazins ihre „heiligmäßige“ Kraft aus dem Gebet, dem sich manche von ihnen täglich mehrere Stunden widmeten: „An dieser Grundtatsache hat sich nichts geändert, seit es ‚Heilige‘ auf der Welt gibt“, heißt es wörtlich. Hinzu kämen die Bereitschaft zur Selbstverleugnung bis hin zur Selbstaufopferung und beispielhafte Nächstenliebe.

Über **christliches Leben in der Volksrepublik China** gibt es in jüngster Zeit immer häufiger Berichte. Jahrelang glaubte man, spätestens seit der Kulturrevolution von 1966 bis 1969 sei jegliches religiöses Leben in China erstickt. Doch die vorsichtige Öffnung des Riesenlandes besonders für Auslandschinesen führte zu einer Reihe von Erkenntnissen auch über ländliche Gebiete, in die bisher keine ausländischen Besucher kamen. Das Faktum, daß derzeit nur je eine katholische und eine protestantische Kirche in ganz China geöffnet sind, und zwar in der Hauptstadt Peking wohl in erster Linie für die Diplomaten, gibt nicht die ganze Realität wieder. Ein vom China-Programm des Nationalrates der Kirchen der USA im vorigen Jahr verbreiteter Bericht machte

bereits deutlich, daß unabhängig von irgendwelchen Kirchenstrukturen und unabhängig von Aktivitäten der sogenannten „autonomen“ Kirchen in verschiedenen regelmäßig in privatem Rahmen Treffen von Christen stattfinden. Dabei wird gemeinsam die Bibel gelesen und von Einzelnen ausgelegt, man trifft sich aber auch zu intensiver Schulung mit etwa 60 bis 80 Personen mindestens einmal jährlich zumeist in unzugänglichen Berggebieten mehrere Tage lang. Von Mund zu Mund wird in der überschaubaren Familien- oder Dorfgemeinschaft die christliche Botschaft weitergegeben, von Zeit zu Zeit finden Gruppentaufen von Erwachsenen statt. Als Ersatz für die Eucharistiefeier soll sich weitgehend eine Hausliturgie durchgesetzt haben, bei der ein Becher Wasser durch das Kreuzzeichen gesegnet und anschließend getrunken wird. Überraschend bei all diesen Berichten ist, daß immer wieder betont wird, mit einer Untergrundkirche habe dies nichts zu tun, da die Behörden davon wüßten, jedoch gewöhnlich nichts dagegen unternähmen, solange der „Einsatz für den Aufbau des Sozialismus“ darunter nicht leide. Aus Gesprächen ließ

sich im übrigen ermitteln, daß seitens der Partei sogar Hochachtung vor diesen Christen herrscht, daß sie sich bei ihrem Engagement für die Gemeinschaft kaum übertreffen lassen. Auch der vom Festland stammende Erzbischof von Taipeh auf Taiwan, *Stanislaus Lo-kuang*, bestätigte kürzlich, daß ihm Hinweise vorliegen, wonach in den christlichen Familien weiter das Evangelium gelesen und gemeinsam gebetet wird. Verschiedentlich versammelten sich die Christen einer Gemeinde nachts an geheimen Orten zu gemeinsamem Gottesdienst. Diese Messen würden von Priestern zelebriert, die in weltlichen Berufen arbeiten und deren priesterliches Wirken den Behörden nicht bekannt sei. Seinen Angaben zufolge, in denen von einer Untergrundkirche die Rede ist, leben noch etwa 1000 Priester in der Volksrepublik, und von Zeit zu Zeit würden noch geheim Priester geweiht. Anfang Januar meldete Radio Vatikan ergänzend, daß in China noch voraussichtlich 83 Jesuiten-Patres und 40 -Brüder leben. Sichere Informationen habe man aber in Rom lediglich über drei von ihnen.

Bücher

YVES LABBÉ, **Humanisme et Théologie. Pour un préambule de la foi.** Les Editions Du Cerf Paris 1975. Collection COGITATIO FIDEI Nr. 81. 384 S. Kart. 54 F.

Der Titel der Studie eines begabten Fundamentaltheologen der Universität Angers – eine „These“ des Institut Catholique de Paris – könnte abschrecken. Es ist aber keine Neuauflage der antiquierten Präambula. Im Gegenteil! Labbé führt die – ihm unbekannte – Arbeit von *Gottlieb Söhngen* zur Interpretation des Vatikanum I über die Erkennbarkeit Gottes durch die Vernunft weiter. Sie gilt im Prinzip, doch nicht für den wirklichen Menschen, dem der Verfasser größte Aufmerksamkeit widmet inmitten einer bei uns weitgehend unbekanntem philosophischen Literatur (abgesehen von Blondel) über den Humanismus und eine Metaphysik der Freiheit wie der abstrakten Subjektivität, die im Antihumanismus entartet. Der „Tod Gottes“ hat den „Tod des Menschen“ zur Folge. Aber die Besinnung auf den Menschen ist wiedergekehrt, den Menschen, der sich auch Gott und dem Nächsten bis zur Gewaltanwendung widersetzt („das radikale Böse“). Die Präambula müssen auf diesen Menschen abheben. Eine metaphysische Anthropologie führe zur Idolatrie des „Ganz Anderen“. Gotteserkenntnis geschieht in der Ethik, die den Nächsten und die Intersubjektivität wiederentdeckt, z. T. durch Sprachanalyse, die Labbé einbezieht (244f.). Teil III über „Die Anerkennung Gottes“ erarbeitet in zwölf Thesen die Grundlagen für eine neue Lehre von den Präambula Fidei im „Epilog“ (321f.). Mit folgendem Ergebnis: der Gotteserkenntnis durch die Vernunft und der potestas oboedientialis geht beim gelebten Menschen eine gewisse religiöse, d. h. Gnadenerfahrung voraus. Daher wird die Gnadenlehre des Konzils von Orange dem Vatikanum I vorgeordnet und insofern, ähnlich wie bei Söhngen, der protestantischen Kritik an den scholastischen Präambula Rechnung getragen (342f.). Ein Glaubensakt (= Gnade) ermöglicht die Präambula, und zwar im Rahmen der Heilsgeschichte (Vatikanum II). Die

„Ökonomie“ der Offenbarung zielt auf Jesus Christus. Daher gipfelt die Untersuchung zur Überraschung des mißtrauischen Lesers in einer geistvollen Auswertung der Offenbarung des Gottesnamens an Moses auf dem Sinai (Exod 3, 14f.) auf Grund neuerer Exegesen: Gott entzieht sich dem Versuch, über sein Wesen verfügen zu wollen, öffnet sich aber als „Sein für“ Israel durch Taten, Gebote und Verheißungen, die letztlich auf Christus hinführen. Ein wirklich „neuer Weg“ theologischer Gotteserkenntnis in kluger Umgehung metaphysischer Unwegsamkeiten.

J. P. M.

RUDOLF SCHNACKENBURG, **Das Johannesevangelium, III. Teil** (Kommentar zur Kap. 13–21). Verlag Herder 1975. 477 S. 83.– DM.

Mit Band III schließt Schnackenburg den zehnjährigen „Lernprozeß“ (S. V) seines Werkes vorerst ab. Er bewahrt die in Exkursen der ersten Bände zu Leitbegriffen (Christologie, Leben, Wahrheit, Gegenwart des Heils 6, 10, 12 und 14) gegen Bultmann erarbeitete Erkenntnis: der Evangelist neigt nicht zur Gnosis, er wurzelt in spätjüdischer Tradition und reflektiert den historischen Jesus für eine bestimmte Gemeinde. Der „Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des vierten Evangeliums“ begründet neue Einsichten: dem Evangelisten lag neben der Semeia-Quelle „eine eigene vorjohanneische Evangelienarstellung“ mit Passionsbericht vor, aber nicht ein einziger Evangelist kommt zu Wort, sondern ein ihm nahestehender Redaktor, der verschiedene Traditionen eingewoben hat, „letztlich auf die Autorität eines Herrenjüngers“ gestützt (S. 463f.). Diese Korrektur ermöglicht die überzeugende Deutung des „letzten Mahles“ mit der Fußwaschung (vgl. dazu Luk 12, 37!) und dem Schweigen über die Stiftung der Eucharistie wie auch die Abhebung der ursprünglichen Abschiedsrede (14, 1–31) von späteren Redaktionen